



Ausgabe Nr. 56/ 2003
Brüssel, den 07. November 2003

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat einen Bericht zu den Aktivitäten des Betrugsbekämpfungssamtes OLAF abgestimmt. Gleichzeitig stellte der Interne Prüfer der Kommission den Abschlussbericht zur EUROSTAT-Affäre vor. Zur Wochenmitte gab die Kommission den letzten Monitoring-Bericht zu den 10 Beitrittskandidatenländern ab, die sehr kritisch ausfielen. Und während in Brüssel das Plenum des EP zusammentrat, fand in Rom der EU-Russland-Gipfel statt.

EUROSTAT-Affäre: Eine „unendliche Geschichte“

Der Bericht der internen Prüfung der zwischen EUROSTAT und externen Unternehmen abgeschlossenen Verträge enthält im Vergleich zu der Ende September veröffentlichten provisorischen Version kaum neue Elemente und lässt viele Fragen unbeantwortet, insbesondere im Hinblick auf die Fortsetzung der betrügerischen Praktiken („schwarze Kassen“) nach 1999 und mögliche persönliche Bereicherung. Der Verfasser des Berichts, Jules Muis, Leiter des Internen Prüfdienstes der Kommission erklärte vielsagend:

- Vieles sei noch „nebulös“ und konnte nicht aufgeklärt werden,
- die Kommission müsse in jedem Fall ein „Follow-up machen und Konsequenzen ziehen,
- es sei ihm nicht erlaubt gewesen Kommissionsbeamte und Dritte zu befragen.

Muis hat seinen Job zum Frühjahr 2005 gekündigt, was zumindest auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Kommissionsspitze ihm bei der Aufklärungsarbeit nicht befriedigend unterstützt hat. Der Bericht des Betrugsbekämpfungssamtes (OLAF) zu EUROSTAT wird Ende November erwartet. OLAF ermittelt noch in 7 Einzelfällen, v.a. bei den sog. C.E.S.D.-Vereinen in Rom, Luxemburg und Madrid.

Betrugsbekämpfungssamt OLAF gerät auch in Kritik

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle nahm den Bericht Bösch (SPE, Österreich) über die Aktivitäten von OLAF an und hat dabei die Mängel des Amtes vier Jahre nach seiner Schaffung heftig kritisiert. Vor allem prangerten die Abgeordneten die zu lange Dauer der Untersuchungen an, sowie den unzureichenden Schutz betroffener Personen und die mangelnde Kommunikationspolitik des OLAF. Die Diskussion stand in engem Zusammenhang mit der EUROSTAT-Affäre, in der OLAF nur auf massivem Druck des Parlaments nach mehr als 2 Jahren Anzeige bei der Luxemburgischen und Pariser Justizbehörden gestellt hat. Mindestens 7 Untersuchungen stehen noch aus.

*Dr. Gabriele Stauner, MdEP
Ihr Europabüro Wolfratshausen
Moosbauerweg 1, Tel. 08171-410007, Fax 08171-10008, E-Mail: info@stauner.de
Internet : www.stauner.de*